

Kuhn, Britta

**Article**

## Strategische Rohstoffe in der EU: Was bringen die Partnerschaften mit Drittländern?

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Kuhn, Britta (2025) : Strategische Rohstoffe in der EU: Was bringen die Partnerschaften mit Drittländern?, Wirtschaftsdienst, ISSN 1613-978X, Sciendo, Warsaw, Vol. 105, Iss. 7, pp. 505-511,  
<https://doi.org/10.2478/wd-2025-0131>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/325252>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Britta Kuhn

# Strategische Rohstoffe in der EU: Was bringen die Partnerschaften mit Drittländern?

Mit dem seit über einem Jahr geltenden Critical Raw Materials Act will die Europäische Union bei strategisch wichtigen Rohstoffen ihre Abhängigkeiten reduzieren – vor allem von China. Ein Mittel sind strategische Rohstoffpartnerschaften, mit denen Risiken gestreut und dadurch die Versorgungssicherheit erhöht werden sollen. Mit 14 Staaten gibt es mittlerweile Absichtserklärungen und teilweise Folgevereinbarungen. Zügig sollten weitere konkrete Projekte, verbindliche Finanzierungen und Partnerschaften folgen.

Seit Mai 2024 gilt der Critical Raw Materials Act (CRMA) der Europäischen Union (EU). Dieses Gesetz über kritische, d.h. ökonomisch wichtige, Rohstoffe ist Teil einer umfassenden Wirtschaftssicherheitsstrategie, mit der die EU Risiken diversifizieren und mehr Selbstversorgung erreichen will – vor allem für die Energiewende und mit Blick auf China. Ganz überwiegend geht es im CRMA darum, durch finanziell geförderte Projekte Autarkieziele für strategische Rohstoffe zu erreichen. Damit sind wirtschaftlich relevante Rohstoffe gemeint, die zusätzlich ein hohes Versorgungsrisiko aufweisen. Daneben sollen bis 2030 höchstens 65 % eines strategischen Rohstoffes aus nur einem einzigen Drittland stammen. Diesem Ziel dienen auch strategische Rohstoffpartnerschaften der EU (Kuhn, 2024).

Davon abzugrenzen und hier nicht behandelt sind Freihandelsabkommen, bei denen es nur am Rand um Rohstoffe geht. Rohstoffe reichen begrifflich von abgebauten Mineralien bis zu Metallen, die daraus gewonnen werden. Der aktuelle Handelskrieg erhöht den Diversifizierungsdruck in der EU erheblich, da z.B. Chinas faktischer Lieferstopp bei wichtigen seltenen Erden nicht nur die USA trifft (Gusbeth et al., 2025).

© Der/die Autor:in 2025. Open Access: Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht ([creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de)).

Open Access wird durch die ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft gefördert.

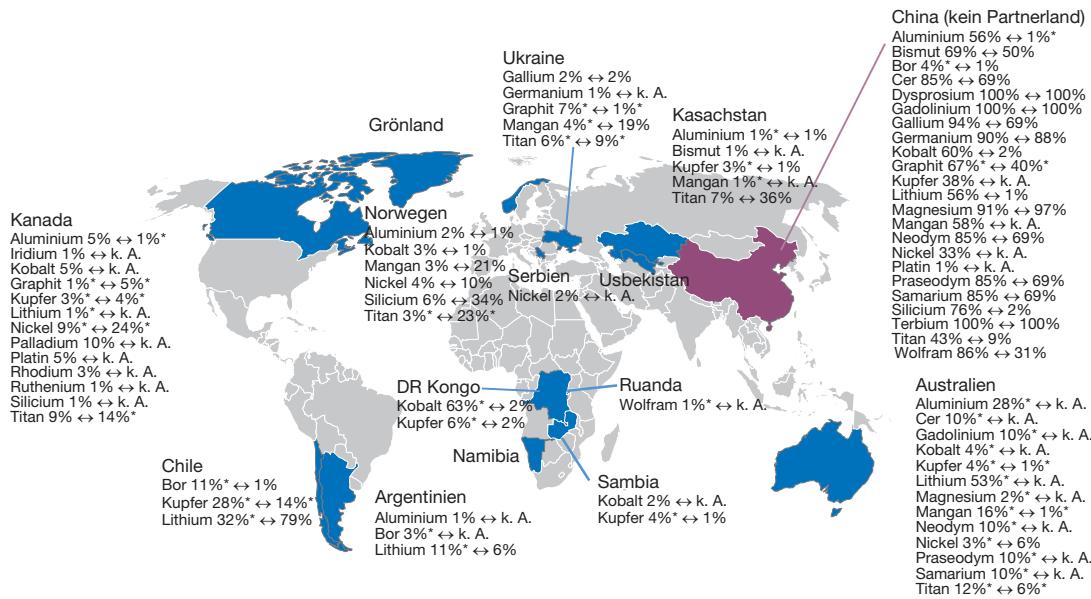
**Prof. Dr. Britta Kuhn** lehrt Volkswirtschaftslehre an der Wiesbaden Business School der Hochschule RheinMain.

## Gemeinsamkeiten der Rohstoffpartnerschaften

Die EU will mit den Abkommen gemäß Artikel 37 des CRMA vor allem ihre Versorgungssicherheit bei strategischen Rohstoffen erhöhen. Die Partnerschaften sollen daneben die technologische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Drittstaaten fördern. Durch Wissenstransfer, tiefere lokale Wertschöpfung und hohe Nachhaltigkeitsstandards sollen sie von mehr Wirtschaftswachstum profitieren. Insbesondere möchte die EU dort Umweltschäden, Zwangs- und Kinderarbeit vermeiden, die lokale bzw. indigene Bevölkerung einbinden und transparente, rechtsstaatliche Verfahren und Geschäftspraktiken gewährleisten. Im Gegenzug stellt sie öffentliche Gelder in Aussicht, die aus vielfältigen Förderlinien stammen können. Dazu gehört vornehmlich Global Gateway, womit die EU-Kommission ihre weltweite Entwicklungszusammenarbeit finanziert (Europäische Union, 2024).

Bisher existieren 14 Memoranda of Understanding (MoU). Abbildung 1 vergleicht für jedes Partnerland dessen aktuellen Weltmarktanteil je strategischem Rohstoff, soweit dieser mindestens 1 % erreicht, mit dem EU-Beschaffungsanteil an diesem Rohstoff. Zum Vergleich enthält die Abbildung aktuelle Abhängigkeiten von China. Zwecks Übersichtlichkeit zeigt sie den jeweils höheren Abbau- oder Verarbeitungsanteil. Zum Beispiel fördert Australien 53 % des weltweiten Lithiums und China verarbeitet 56 %. Weitere relevante Förderländer sind Chile mit 24 % und Argentinien mit 8 %, was in der Abbildung durch die höheren Verarbeitungsanteile dieser Länder von 32 % bzw. 11 % „überdeckt“ wird. Die Abbildung zeigt nicht, welche unerforschten und unerschlossenen Vorkommen in den Partnerstaaten schlummern. Was sie dagegen verdeutlicht: Erstens bieten fast alle – mit Ausnahme Grönlands, Namibias und Usbekistans – der EU sofortige zusätzliche und signifikante Beschaffungspo-

**Abbildung 1**  
**Strategische Rohstoffpartnerschaften der EU**



Jeweils höherer Anteil Rohstoffgewinnung (mit \* gekennzeichnet) oder -verarbeitung. Lesebeispiel: „Chile erreicht in der Kupferförderung 28 % Weltmarktannteil und bei der Lithiumverarbeitung 32 %. Chiles EU-Lieferanteil beträgt bei gefördertem Kupfer 14 % und bei verarbeitetem Lithium 79 %.“

Quelle: Europäische Kommission (2023); eigene Darstellung.

tenziale. Zweitens nutzt die EU bereits viele dieser Lieferländer überproportional.

Alle 14 Absichtserklärungen, dazugehörigen Pressemitteilungen und einschlägige Folge-Vereinbarungen sind auf der Internetseite Europäische Kommission (o. D.) verfügbar. Der Kürze halber wird im Folgenden auf diese Adresse verwiesen, anstatt auf jede Einzelersklärung. Kein MoU bindet die EU und den Drittstaat rechtlich. Oft kündigt es konkrete Aktionen binnen sechs Monaten an, die jedoch in der Regel (noch) nicht veröffentlicht wurden, daneben für ärmerre Länder stets auch Subventionen. Seltener benennt es dabei konkrete Fördertöpfe – dann vor allem Global Gateway-Gelder. In der Regel heißt es abstrakt, dass die Vertragspartner gemeinsam private und öffentliche Finanzmittel „mobilisieren“ sowie die „harte und weiche Infrastruktur“ ausbauen wollen.

Nachhaltigkeit als Leitgedanke und ausdifferenzierte, höchste Umwelt-, Sozial- und Governance-, kurz ESG-, Standards nehmen in jeder Erklärung viel Raum ein. Zwischen langen, unverbindlichen Bekenntnissen verbirgt sich vereinzelt Konkretes. Zum Beispiel verbietet die Partnerschaft mit Grönland beiden Seiten zum Schutz der Arktis, Uran zu fördern. Manchmal geht es zusätzlich darum, die indigene bzw. lokale Bevölkerung einzubinden bzw. dieses Ziel zu beteuern (Beispiel: Serbien).

Jedes MoU beabsichtigt, bei Forschung und Innovation, Training und Weiterbildung zu kooperieren. Immer steht die gesamte Rohstoff-Wertschöpfungskette im Zentrum der gemeinsamen Entwicklungsarbeit. Oft präzisiert die Vereinbarung bereits im Titel (Beispiel: Australien) oder im anschließenden Text (Beispiel: Sambia), dass es um kritische und strategische Rohstoffe gemäß aktualisierbarer CRMA-Definition geht. Manchmal schließt sie umgekehrt Rohstoffe aus, etwa aus dem Energie- und Agrarsektor (Beispiel: Ruanda). Selten erstreckt sie sich zusätzlich auf Batterien (gemeint: Lithium-Akkus; Beispiel: Norwegen), grünen Wasserstoff (d.h. aus erneuerbarer Energie; Beispiel: Namibia) oder E-Fahrzeuge (nur Serbien).

### Besonderheiten einzelner Rohstoffpartnerschaften

Die Partnerländer spielen für die aktuelle Versorgung der EU mit strategischen Rohstoffen eine unterschiedliche Rolle (Abbildung 1). Daneben variieren ihre Reserven. Gemäß U.S. Geological Survey (2025) weisen vor allem Australien, Chile und die DR Kongo noch erhebliche Vorräte auf. Mit großem Abstand folgen Kanada, Argentinien und Grönland. Die weiteren acht Kooperationen bieten vernachlässigbare oder bestenfalls vermutete Reserven. Im Folgenden seien spezielle Merkmale und die Vielfältigkeit der Abkommen exemplarisch erläutert (siehe auch Tabelle 1).

Tabelle 1

## Status und Kerninhalte der EU-Rohstoffpartnerschaften

Land (in Klammern: Fragilität*)	Datum MoU • Weitere?	Kerninhalte aller Absichtserklärungen (MoU): Nachhaltige Wertschöpfungsketten für ... • Weiteres?
Argentinien (44)	• 13.6.2023	• ... 34 kritische/16 strategische Rohstoffe gemeinsam entwickeln (ähnlich Chile) • Global Gateway-Projekte für Lithium und Kupfer?
Australien (20)	• 28.5.2024	• ... kritische und strategische Rohstoffe gemeinsam und sicher schaffen, um bis 2050 klimaneutral zu sein
Chile (41)	• 18.7.2023	• ... kritische und verarbeitete Rohstoffe gemeinsam entwickeln (ähnlich Argentinien) • Global Gateway-Projekt für Lithium und Kupfer?
Grönland (Dänemark: 16)	• 30.11.2023 • 2025: Trump II-Folgen?	• ... vor allem kritische Rohstoffe stärker integrieren; Grönlands EU-Assoziierungsstatus und EU-Fördertöpfe nutzen; Arktis schützen • Langwierige Vorrarbeiten nötig
Kanada (19)	• 15.6.2021 • Seither konkrete Kooperationen	• ... kritische Rohstoffe integrieren; wissenschaftlich, technologisch und innovativ zusammenarbeiten; bei Nachhaltigkeit mit Weltklasse-Standards vorangehen • Gemeinschaftsprojekte: z.B. Lithium verarbeiten, Batterien fertigen und recyceln (Carry, 2024)
Kasachstan (58)	• 7.11.2022 • 19.5.2023: Aktionsplan	• ... kritische Rohstoffe, Batterien und grünen Wasserstoff enger kooperierend ausbauen • Umsetzung: z.B. EU-Investition in Graphitlagerstätte
Kongo, DR (107)	• 26.10.2023 • 11.12.24: Roadmap	• ... kritische und strategische Rohstoffe gemeinsam entwickeln (ähnlich Ruanda, Sambia, Usbekistan) • Roadmap bleibt vage
Namibia (59)	• 8.11.2022 • 24.10.23: Roadmap	• ... kritische Rohstoffe und grünen Wasserstoff gemeinsam ausbauen • 1 Mrd. € von EU und Mitgliedstaaten mobilisiert; weitere (unter anderem Global Gateway-)Hilfen für Infrastruktur in Aussicht
Norwegen (13)	• 21.3.2024 • Seither konkrete Kooperationen	• ... kritische Rohstoffe (auf dem Festland) und Batterien stärker integrieren; dabei Norwegens Teilnahme am EU-Binnenmarkt und EU-Fördertöpfe nutzen • Großes kurzfristiges Potenzial, unter anderem bei seltenen Erden
Ruanda (82)	• 19.2.2024 • 24.2.2025: EU überdenkt MoU	• ... Rohstoffe gemeinsam entwickeln (ähnlich DR Congo, Sambia, Usbekistan, aber allgemein „Rohstoffe“) • Umsetzung fraglich wegen Ruandas Rebellenunterstützung in der DR Congo (Jones, 2025)
Sambia (81)	• 26.10.2023	• ... strategische und kritische Rohstoffe gemeinsam entwickeln (ähnlich DR Congo, Ruanda, Usbekistan)
Serben (68)	• 19.7.2024 (22.9.2023: Letter of Intent)	• ... kritische Rohstoffe, Batterien und E-Fahrzeuge gemeinsam in Serbien entwickeln • Hochwertige Arbeitsplätze und mehr BIP für Serbien schaffen • Perspektivisch: Lithiumabbau im Jadar-Tal?
Ukraine (93)	• 13.7.2021 • 2025: Trump II-Folgen?	• ... kritische Rohstoffe und Batterien stärker integrieren; ukrainische Rohstoffvorkommen nachhaltig und modern erkunden, entwickeln, abbauen, recyceln • EU unterstützt unter anderem durch Gemeinschaftsunternehmen, technisches Wissen und konkretisierte Fördertöpfe
Usbekistan (65)	• 5.4.2024	• ... strategische und kritische Rohstoffe gemeinsam entwickeln (ähnlich DR Congo, Ruanda, Sambia) • Global Gateway-Hilfen in Aussicht gestellt

\*Der Fragilitätsindex bewertet mit insgesamt zwölf politischen, ökonomischen und sozialen Indikatoren, wie stabil oder verwundbar ein Staat ist. Jeder Indikator erhält Punkte von 0 (stabil) bis 10 (völlig instabil). Insgesamt 120 Punkte repräsentieren einen faktisch gescheiterten Staat.

Quelle: The Fund for Peace (2024); Europäische Kommission (o. D.); eigene Darstellung.

Mit Australien will die EU bis 2050 klimaneutral werden, bei Energiewende und Digitalisierung kooperieren sowie prüfen, ob in Drittländern gemeinsame Interessen verfolgbar wären (Europäische Kommission, o. D.). Beide Seiten profitieren erkennbar von der Partnerschaft: Australien baute bisher vor allem Rohstoffe ab, China verarbeitete sie anschließend. Processing-Kenntnisse und die dafür nötige Infrastruktur fehlen Australien daher. Nun sollen dort Raffinerien entstehen und Batteriekomponenten hergestellt werden. Dafür sind hohe Investitionen,

Technologie – auch zu umwelt- und ressourcenschonenden Verfahren – sowie Zulieferprodukte nötig.

EU-Staaten wie Deutschland könnten hier liefern und umgekehrt von zahllosen Lagerstätten strategischer Mineraleien profitieren, die Australien noch erkunden und entwickeln will. Allein seltene Erden kommen vielerorts vor. Dabei sind 80 % des Kontinents mineralisch noch gar nicht erforscht. Die Regierung plant, viele ausländische Bergbaugesellschaften ins Land holen, aber Chinas Einfluss

zurückdrängen. Schließlich: Trotz expandierenden Bergbaus sind in Australien keine Nachhaltigkeitsprobleme zu befürchten (Leinkeit, 2024). Vielmehr ergeben sich dort Marktchancen für Unternehmen, die über umweltschonende Abbau- und Verarbeitungstechnologien verfügen. Allerdings hat die EU das lange geplante Freihandelsabkommen immer noch nicht geschlossen.

*Grönland* gehört – vereinfacht – zu Dänemark, aber nicht zur EU. Die Partnerschaft thematisiert Grönlands komplexen Sonderstatus einer überseeischen Assozierung und damit verbundene Vorteile (Europäische Kommission, o. D.). Es wäre dennoch ein weiter Weg, bis die Vertragsparteien von grönländischen Mineralien profitieren könnten. Die lokale Industrie ist kaum entwickelt, was unter anderem an mangelnder Infrastruktur, fehlender Gesetzgebung für ausländische Direktinvestitionen, den klimatischen Bedingungen, Fachkräftemangel und Umweltprotesten liegt (Illerhaus, 2024). Seit US-Präsident Trump Grönland übernehmen will, sind die Investitionsrisiken potenzieller europäischer Geldgeber zudem erheblich gestiegen.

*Kanada* war der erste EU-Vertragspartner. Die befreundeten Wirtschaftsräume verband bereits das umfassende Freihandelsabkommen CETA und hohe Nachhaltigkeitsstandards. Die Vereinbarung plant z.B. den Austausch über innovative Recyclingmöglichkeiten und ein Vorangehen mit ESG-Standards von Weltklasse (Europäische Kommission, o. D.). Der Bergbau stellt einen wesentlichen Wirtschaftsfaktor Kanadas dar. Kandische Bergbaugesellschaften arbeiten zudem in fast 100 Ländern. Seit 2021 will die kanadische Regierung bei kritischen Rohstoffen die heimischen Lieferketten von der Erkundung bis zum Recycling stärken, sich auch über Rohstoffprojekte mit den indigenen Völkern versöhnen und mehr mit gleichgesinnten Ländern zusammenarbeiten. Dem Wegfall chinesischer Investitionen will sie durch Subventionen begegnen. Seit 2021 wurden mehrere europäisch-kanadische Gemeinschaftsprojekte umgesetzt, die Lithium verarbeiten, Batterien fertigen und recyceln. Bei seltenen Erden ist die erste Lieferkette direkt nach Europa geplant statt via China. Insgesamt profitiert die EU von Kanadas reichhaltigen Rohstoffen und hohen Nachhaltigkeitsstandards, umgekehrt Kanada von Europas Absatzmarkt und Investoren. Allerdings ist die Finanzierung neuer kanadischer Anlagen ohne chinesische Beteiligung in der Praxis schwierig. Kanadas Bergbauindustrie kritisiert daher, dass die Regierung chinesische Investoren zurückdrängt. Zudem kosten neue Anlagen in Kanada wesentlich mehr als in China. Schließlich könnten neue Minen, die Kanada seit 2023 schneller genehmigen und erschließen will, mit der angestrebten Einbindung indigener Gemeinden kollidieren. Die meisten

Lagerstätten kritischer Rohstoffe liegen in ihren Gebieten (Carry, 2024).

*Kasachstan* soll nicht nur bei Rohstoffen mit der EU kooperieren und Global Gateway-Hilfen erhalten. Daneben geht es um Batterien und grünen Wasserstoff. Laut allgemein gehaltenem Aktionsplan streben die Partner gemeinsame Rohstoff-Investitionsprojekte an (Europäische Kommission, o. D.). Konkret vereinbarte z.B. die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD), sich mit bis zu 5 Mio. Australischen Dollar (rund 3 Mio. €) am Unternehmen Sarytogan Graphite zu beteiligen, das Graphit in Batteriequalität abbauen und aufbereiten soll (Wolf, 2024a). Kasachstan möchte unabhängiger von China und Russland werden, wohin es heute die meisten Rohstoffe exportiert. Die Regierung wirbt auch in Deutschland um Rohstoffprojekte. Der zentralasiatische Rohstoffmarkt gilt jedoch als wettbewerbsintensiv und riskant. Dennoch hat z.B. die deutsche HMS Bergbau AG angefangen, kasachische Lagerstätten unter anderem für Kupfer und Lithium zu erschließen (Schlager, 2024).

Die *DR Kongo* mit Hauptstadt Kinshasa (nicht zu verwechseln mit Kongo-Brazzaville), gehört zu den wichtigsten Rohstoffproduzenten der Welt. Die Absichtserklärung mit der EU konzentriert sich auf kritische und strategische Rohstoffe im Sinne des CRMA, stellt Finanzmittel zur Infrastrukturerwicklung in Aussicht, will den illegalen Rohstoffhandel bekämpfen und internationale ESG-Standards beachten (Europäische Kommission, o. D.). Zuletzt kündigte die EU-Kommission an, Rohstoffe durch konkrete Bergbau-Projekte und -Investitionen partnerschaftlich und nachhaltig abbauen, verarbeiten und recyceln zu wollen. Die Projekte sollen auch wertschöpfende Industrien entwickeln (Europäische Kommission, 2024, 11. Dezember). Die DR Kongo baut (neben Gold) unter anderem Kobalt und Kupfer ab. Chinesische Bergbaugesellschaften spielen z.B. bei Kupfer die Hauptrolle, Unternehmen aus der EU keine, Glencore (Schweiz) und Ivanhoe Mines (Kanada) Nebenrollen. Seit 2018 verlangt die kongolesische Regierung eine nationale Mindestbeteiligung von 10%. Daneben sind mit dem Nachbarn Sambia im gemeinsamen „Kupfergürtel“ Sonderwirtschaftszonen für Batterievorprodukte, später vielleicht sogar für E-Fahrzeuge geplant. Konkrete Maßnahmen existieren noch nicht (Binkert, 2024). Jedoch ist der bedeutende Infrastruktur- und Transportkorridor, der Lobito-Korridor, inzwischen saniert, unter anderem mit EU-Geldern. Er vereinfacht es westlichen Staaten, Kupfer und Kobalt aus der DR Kongo zu erhalten. Denn eine Gruppe europäischer Logistikunternehmen kontrolliert die Konzession für eine Zugverbindung vom kongolesischen Kolwesi zur angolanischen Hafenstadt Lobito (Najjar, 2024).

Allerdings ist die DR Kongo der bislang problematischste EU-Partner. Das liegt neben der hohen Fragilität des Landes am informellen Kleinbergbau, Rebellengruppen im Ostkongo und einem angespannten politischen Verhältnis zur EU. Im Kleinbergbau versuchte die kongolese Regierung, die verheerenden Bedingungen per Gesetz zu verbessern. In der Praxis halten sich aber viele Minenbetreiber und Regierungsvertreter nicht daran. Unternehmen wie Mercedes-Benz verlangen deshalb, dass ihre Batteriezellen-Lieferanten nur Kobalt aus zertifizierten Minen nutzen. Doch auch offizielle Minen arbeiten häufig mit dem informellen Kleinbergbau zusammen. Daneben kämpfen mehr als 100 Rebellengruppen seit über 20 Jahren um die überragenden Rohstoffvorkommen des Landes. Sie sind für die Aufständischen ebenso wichtige Einnahmequellen wie für Staatsbedienstete der DR Kongo, Ruandas und Ugandas. Die beiden östlichen Nachbarn unterstützen ihrerseits Rebellen dabei, sich in Kongos Osten Minen anzueignen und Rohstoffe über die Grenze zu schmuggeln. Schließlich ist die EU nicht Kongos priorisierter Partner. Dessen Regierung versucht eher, die China-Abhängigkeit durch stärkere Verbindungen in Richtung Saudi-Arabien und Vereinigte Arabische Emirate zu senken. Für Empörung sorgte z.B., dass die EU-Kommission auch mit Ruanda eine Rohstoffpartnerschaft schloss (Matteß, 2024). Tatsächlich erwähnt das MoU zwischen der EU und Ruanda dessen Rolle im Ostkongo mit keinem Wort.

Norwegen nimmt über den Europäischen Wirtschaftsraum am Binnenmarkt und an weiteren Gemeinschaftsaktivitäten wie der Europäischen Batterieallianz teil. Allein hierdurch lassen sich vielfältige Finanzhilfen ausbauen. Das MoU erstreckt sich auch auf Batterien und verzahnte, höchst nachhaltige Wertschöpfungsketten (Europäische Kommission, o. D.). 2024 entdeckte das Bergbauunternehmen Rare Earths Norway Vorkommen seltener Erden in Südnorwegen. Ihr Abbau könnte 2030 starten und 10 % des europäischen Bedarfs decken (Illerhaus, 2024).

Serben und die EU wollen gemeinsam Wertschöpfungsketten für Rohstoffe, Batterien und E-Fahrzeuge aufbauen. Das MoU stellt dem Westbalkanland hochwertige Arbeitsplätze in allen drei Bereichen und den EU-Beitritt in Aussicht (Europäische Kommission, o. D.). Zentrales Ziel ist der Lithium-Abbau im westserbischen Jadar-Tal durch den britisch-australischen Bergbaukonzern Rio Tinto bzw. seine Tochtergesellschaft Rio Sava Exploration. Er scheiterte bisher am Widerstand der serbischen Bevölkerung. Präsident Vučić möchte mit der Rohstoffpartnerschaft die serbische China-Abhängigkeit im Bergbau senken und durch die angestrebte EU-Mitgliedschaft seine Macht festigen (Müller et al., 2025). Als strategische Schlüsselbranche für Technologietransfer

und Wertschöpfungstiefe betrachtet er die Autoindustrie. Insbesondere der Aufbau einer Lithium-Batteriefertigung soll die E-Mobilität im Land vorantreiben. Autohersteller Stellantis betreibt z.B. in Kragujevac bereits ein Werk und investiert dort in die Serienproduktion eines Fiat-Modells mit Elektro- und Hybridantrieb (Wittmann, 2024). Der Konzern verhandelt daneben mit Rio Tinto über einen Minenzugang im Jadar-Tal. Auch deutsche Maschinenbauunternehmen wollen Abbau, Transport und Aufbereitung des Rohstoffs unterstützen. Die Förderung soll 2028 beginnen (Idem et al., 2024).

Mit der Ukraine einigte sich die EU kurz vor Russlands Invasion. Das MoU stellt konkrete Fördermittel der EBRD, der Europäischen Investitionsbank und des Forschungsprogramms Horizon Europe in Aussicht. Daneben präzisiert es die technische Unterstützung der Ukraine, z.B. durch eine Digitalisierung der Ressourcenerkundung (Europäische Kommission, o. D.). Nach Blot (2024) existiert eine Roadmap und die EU unterstützt die ukrainische Bergbauindustrie bereits technisch. Seit 2025 sind ukrainischen Rohstoffen jedoch Verhandlungsmasse der USA.

Die weiteren EU-Kooperationen seien nur kurz erwähnt: In Argentinien und Chile werden noch große Rohstoffvorkommen vermutet. China hängt die EU hier in den vergangenen Jahrzehnten bei Handelsbeziehungen, Infrastrukturentwicklung und Rohstoffförderung ab. Die EU-Kommission brachte Europa zuletzt in allen drei Bereichen zurück ins Spiel. Bei aktuellen Bergbau-Projekten fehlen EU-Unternehmen jedoch noch (Neubert, 2024). Auch zeigt Abbildung 1, dass es in Argentinien und Chile bisher nennenswert nur um Bor, Kupfer und Lithium ging. Weitere strategische Rohstoffe müssen erst erkundet und erschlossen werden. Dies gilt verstärkt für Usbekistan und Namibia. Sie erscheinen potenziell rohstoffreich, benötigen aber zunächst umfassende und langwierige Infrastrukturinvestitionen. Neben der in Frage gestellten Partnerschaft mit Ruanda besteht eine Rohstoffpartnerschaft mit Sambia, das ähnlich wie die DR Kongo vor allem Kobalt- und Kupfervorkommen bietet, aber auch viele Probleme seines nördlichen Nachbarn teilt.

### Chancen der EU-Rohstoffpartnerschaften

Aus EU-Sicht fördern die Kooperationen das Friendshoring – d.h. den Handel mit befreundeten Staaten, die ähnliche Werte teilen – oder zumindest die Risikostreuung. Unter ihren Hauptlieferanten finden sich neben China z.B. die Türkei und Südafrika mit Lieferanteilen von 99 % bei Bor bzw. 71 % bei Platin. Diese Klumpenrisiken ließen sich durch weitere Rohstoffpartnerschaften senken, etwa mit Brasilien, Indien, Japan, Malaysia und den USA. Sie verkaufen der EU schon heute strategische

Rohstoffe in nennenswertem Umfang (Europäische Kommission, 2023; Kuhn, 2024). Über größere nachgewiesene Reserven verfügen neben Brasilien, Indien und den USA auch Indonesien, Mexiko, Peru und die Philippinen (U.S. Geological Survey, 2025). Mit all diesen Ländern könnten weitere Partnerschaften folgen.

Aus Sicht ärmerer Rohstoff-Förderländer, die unabhängiger von China werden wollen, machen EU-Infrastrukturgelder die Partnerschaften attraktiver. Global Gateway unterstützt z.B. zehn von ihnen – alle außer Australien, Grönland, Kanada und Norwegen (Europäische Kommission, 2024, 3. Mai). Auch der so genannte Mittlere Korridor, der Transporte von Zentralasien durch den Südcaucasus in die EU erleichtern soll, profitiert von dieser Entwicklungshilfe (Schlager, 2024). Weitere Gelder mobilisiert die EU über den Team Europe-Ansatz gemeinsam mit nationalen Entwicklungsinstitutionen (Blot, 2024). Von den EU-Subventionen für strategische Projekte im Rohstoffbereich könnten schließlich auch Drittstaaten profitieren. Unter den 170 Projektanträgen der ersten Runde befanden sich 49 entsprechende Vorhaben (Wolf, 2024b). Schließlich dürfte der kooperative EU-Ansatz ihren Partnern tatsächlich zu mehr technischem Wissen, Wertschöpfungstiefe und qualifizierter Beschäftigung verhelfen.

### Grenzen der EU-Rohstoffpartnerschaften

Die erste Förderrunde konzentrierte sich auf 47 strategische Projekte innerhalb der EU. Anträge in Drittstaaten gingen leer aus (Europäische Kommission, 2025). Dies könnte ein Indiz für ihr nachrangiges politische Gewicht sein. Ein größeres Problem ergibt sich aus systemischen Unterschieden. Die Bergbaugesellschaft Rio Tinto z.B. wird nicht staatlich kontrolliert. Vielmehr dominieren bei ihr die drei Vermögensverwalter State Street, Vanguard und BlackRock (Rio Tinto, 2025). Westliche Aktiengesellschaften, die langfristige Risiken wie den Rohstoff-Abbau eingehen und überwiegend in privater Hand liegen, müssen hohe Kapitalerträge erwirtschaften, um Investoren zu finden. Ihre Gewinne und Kurse leiden umgekehrt, wenn die Rohstoffpreise fallen – so geschehen zwischen 2015 und 2019 bei den drei Großkonzernen BHP, Rio Tinto und Vale. Langfristig orientierte, riskante Großinvestitionen sind unter diesen Umständen kaum finanziert. Staatlich kontrollierte, chinesische Bergbaugesellschaften wie Zijin Mining und CMOC müssen dagegen kaum Profit erwirtschaften und können billige Staatsgelder investieren. Der einfache Kapitalzugang und fehlende ESG-Standards machen sie auch schneller: So benötigte die staatliche Bergbaugesellschaft CNMC keine vier Jahre, um in der DR Kongo eine Kupfer- und Kobaltmine aufzubauen – von der Vereinbarung des Gemeinschafts-

unternehmens bis zur Rohstoffverschiffung. An einem vergleichbaren Projekt arbeiten Rio Tinto und BHP in Arizona seit 2013 mit bisher offenem Ende. Obwohl die USA im Vergleich zur EU als unbürokratischer gelten und Präsident Trump Nachhaltigkeitsstandards wie den Foreign Corrupt Practices Act außer Kraft setzte, muss im US-Kapitalmarkt jedes Vorhaben aus sich heraus den Aktionären attraktiv erscheinen (The Economist, 2025). Etwas anderes gilt nur ausnahmsweise, wenn westliche Minenbetreiber wie die schwedische LKAB zu 100 % in staatlicher Hand liegen.

Strenge Nachhaltigkeitsregeln erhöhen in entwickelten Ländern wie Kanada die Lohn-, Umwelt- und Verwaltungskosten erheblich im Vergleich zu chinesischen Minen in Schwellen- und Entwicklungsländern. In fragilen Ländern wie der DR Kongo können westliche ESG-Standards manchen Beobachtern zufolge die Förderbedingungen sogar verschlechtern: Ihre Bergbauunternehmen und Einkäufer hätten sich von dort zurückgezogen oder gar nicht erst vor Ort betätigt. Die an ihrer Stelle agierenden chinesischen Vertreter handelten weniger nachhaltig (Binkert, 2024). Nach Carry et al. (2024) nehmen die Rohstoffpartner die EU häufig als Akteur wahr, der hohe Nachhaltigkeitsanforderungen stelle, aber kaum europäische Unternehmen für konkrete Investitionen in ihrer Bergbau- und Verarbeitungsindustrie fände.

Grundsätzlich fragt sich schließlich, wie rechtlich unverbindliche Absichtserklärungen voller Standardfloskeln Europas Rohstoffsicherheit verbessern. Klar definerte, landesspezifische Maßnahmen erscheinen zielführender. Korn et al. (2024) empfehlen z.B., ausländische Bergbaufirmen zu verpflichten, technisches Wissen zu transferieren und örtliche Arbeitskräfte zu beschäftigen, um die Modernisierung der rohstoffreichen Länder voranzubringen. Auch konkrete Ausfallgarantien für Kredite seien hilfreich. Es müsse transparenter werden, welche Fördertöpfe für Unternehmen im Rohstoffbereich in Frage kämen und welche konkreten Nachhaltigkeitsanforderungen gälten. Schließlich sei rechtsverbindlich festzuschreiben, dass örtliche (indigene) Gemeinschaften eingebunden würden. Nach Carry (2024) sollte die Europäische Union einen eigenständigen EU-Rohstofffonds auflegen und vor allem Bergbaugesellschaften fördern, die Lagerstätten erkunden. Diese riskante Tätigkeit leide besonders unter privatem Kapitalmangel. Geld für gemeinsame Rohstoffprojekte könnten auch Organisationen wie die G7 beisteuern. Speziell mit kanadischen Unternehmen lohne sich die Zusammenarbeit in Drittländern, da dort bereits viele kanadische Bergbaufirmen aktiv seien und über lokale Kenntnisse verfügten.

## Zusammenfassung und Ausblick

Mit dem Critical Raw Materials Act (CRMA) will sich die EU bei wichtigen, aber knappen Rohstoffen unabhängiger machen – vor allem von China. Dazu dienen auch Strategische Partnerschaften mit Drittstaaten. Bisher existieren Absichtserklärungen mit Argentinien, Australien, Chile, Grönland, Kanada, Kasachstan, der Demokratischen Republik (DR) Kongo, Namibia, Norwegen, Ruanda, Sambia, Serbien, der Ukraine und Usbekistan. So unterschiedlich wie diese Länder sind auch die Ergebnisse und Potenziale der Kooperationen. Zügig sollten weitere konkrete Projekte, verbindliche Finanzierungen und Partnerschaften folgen. Um für die Zielländer mindestens so attraktiv zu sein wie China und private Investitionen anzuziehen, benötigen insbesondere risiko- und kapitalintensive Explorations- und Abbau-Projekte EU-Subventionen. Dennoch bleiben Zielkonflikte – etwa zwischen Schnelligkeit und Einbindung sämtlicher Stakeholder oder zwischen hoher Nachhaltigkeit und wettbewerbsfähigen Kosten.

## Literatur

- Binkert, U. (2024, 6. März). DR Kongo: Bedeutender Produzent von Kupfer, Kobalt und Tantal. *GTAI – Germany Trade & Invest*.
- Blot, E. (2024, März). Sourcing critical raw materials through trade and cooperation frameworks. *Institute for European Environmental Policy*.
- Carry, I. (2024, Juni). Rohstoffpartner Kanada: ein (nahezu) perfekter Match. *SWP-Aktuell*, Nr. 27. Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Carry, I., Müller, M. & Schulze, M. (2024, Dezember). Rohstoffkooperationen gestalten – auch mit schwierigen Partnern. In B. Lippert & S. Mair (Hrsg.), Neue Verhältnisse – schwierige Beziehungen. *SWP-Studie*, Nr. 24, 47–51. Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Europäische Kommission. (2023). *Study on the Critical Raw Materials for the EU 2023 – Final Report*.
- Europäische Kommission. (2024, 3. Mai). *Global Gateway*.
- Europäische Kommission. (2024, 11. Dezember). *Global Gateway: EU endorses Roadmap for Strategic Partnership on Raw Materials with the Democratic Republic of Congo* [Pressemitteilung].
- Europäische Kommission. (2025, 25. März). *Selected strategic projects*. DirectorateGeneral für Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU (DG GROW), Europäische Kommission.
- Europäische Kommission. (o. D.). *Raw materials diplomacy*.
- Europäische Union. (2024, 3. Mai). Verordnung (EU) 2024/1252 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 zur Schaffung eines Rahmens zur Gewährleistung einer sicheren und nachhaltigen Versorgung mit kritischen Rohstoffen und zur Änderung der Verordnungen (EU) 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1724 und (EU) 2019/1020. *Amtsblatt der Europäischen Union*, L, 2024/1252.
- Gusbeth, S., Hanke Vela, J. & Henke, J. (2025, 16. April). Chinas Exportkontrollen treffen Europa. *Handelsblatt*.
- Idem, O., Schulze, G. & Wittmann, H. J. (2024, 12. Dezember). Der große Lithiumrausch. *GTAI – Germany Trade & Invest*.
- Illerhaus, J. (2024, 6. Dezember). Mehr Rohstofflieferungen aus den Nordischen Ländern. *GTAI – Germany Trade & Invest*.
- Jones, M. G. (2025, 24. Februar). EU to review raw materials deal with Rwanda over DRC conflict – topdiplomat. *Euronews*.
- Korn, F., Gohla, V. & Dünhaupt, P. (2024, Mai). *Rohstoffpartnerschaften: Spannungsfeld zwischen Menschenrechten, Transformation und wirtschaftlicher Souveränität*. Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Kuhn, B. (2024). Kritische Rohstoffe: Wie die EU ihre China-Abhängigkeit senken will. *Wirtschaftsdienst*, 104(7), 490–496.
- Leinkeit, D. (2024, 12. September). Australien hat Schlüsselrolle für deutsche Rohstoffsicherung. *GTAI – Germany Trade & Invest*.
- Matteß, M. (2024). Plundered soil – mineral wealth and conflict in the Democratic Republic of Congo. In C. Detsch, B. A. Olivera Villa & M. Matteß (Hrsg.), *The European Union's Critical Raw Materials Act* (S. 27–35). Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Müller, M., Strack, L., & Vulović, M. (2025, 5. März). Die EU-Rohstoffpolitik: Testfall Serbien. Rechtsstaatlichkeit und Nachhaltigkeit als Maßstab für Europas Rohstoffkooperation. *SWP-Aktuell*, Nr. 8. Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Najjar, F. (2024, 29. November). DR Kongo dominiert bei wichtigen Rohstoffen. *GTAI – Germany Trade & Invest*.
- Neubert, M. (2024, 23. Dezember). Kritische Rohstoffe: Lateinamerika hat, was Europa braucht. *GTAI – Germany Trade & Invest*.
- Rio Tinto. (2025). *Annual Report 2024*.
- Schlager, E. (2024, 11. September). Deutschland lässt kritische Rohstoffe in Zentralasien liegen. *GTAI – Germany Trade & Invest*.
- The Fund for Peace. (2025). *Fragile States Index, Heat Map*, 1.1.2024.
- The Economist. (2025, 22. März). *Schumpeter: A tale of two mines*.
- U.S. Geological Survey. (2025, März). *Mineral commodity summaries 2025*. Version 1.2. U.S. Department of the Interior.
- Wittmann, H. J. (2024, 17. September). Autobauer und Lieferanten erweitern ihre Kapazitäten in Serbien. *GTAI – Germany Trade & Invest*.
- Wolf, E. (2024a, 23. August). EBRD investiert in Graphitprojekt Sarytagan in Kasachstan. *GTAI – Germany Trade & Invest*.
- Wolf, E. (2024b, 28. August). Critical Raw Materials Act: 170 Projektanträge eingereicht. *GTAI – Germany Trade & Invest*.

**Title:** Strategic Raw Materials in the EU: What Are Benefits of Partnerships With Third Countries?

**Abstract:** The Critical Raw Materials Act seeks to make the EU less dependent on important but scarce raw materials – especially from China. Strategic partnerships with third countries also serve this purpose. So far, Memoranda of Understanding have been signed with Argentina, Australia, Canada, Chile, Greenland, Kazakhstan, the Democratic Republic of Congo, Namibia, Norway, Rwanda, Serbia, Ukraine, Uzbekistan and Zambia. Results and potential of the treaties are as diverse as these countries. Further tangible projects, binding financing and partnerships should follow quickly.